

# Integrationsdebatten in Deutschland

## Zwischen Ausgrenzung und Einschluss

Sanja KRUSE  
Universität Hamburg  
Ewha Womans University, Seoul

### Erste Einblicke in die aktuelle Diskussion

Heute stellen in der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte und ihre Nachkommen rund 20 Prozent der Bevölkerung.<sup>1</sup> Unter Kenntnisnahme dieser Realität hat sich in Politik und Öffentlichkeit weitgehend die Auffassung durchgesetzt, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und eine nachhaltige Migrations- und Integrationspolitik benötigt.<sup>2</sup> Dennoch lässt sich feststellen, dass in den Medien während des letzten Jahrzehnts selten Berichte über Integrationserfolge und gelungenes Zusammenleben zu finden waren. Topthemen in der öffentlichen Diskussion und damit auch Auslöser von Gesetzesverschärfungen waren vielmehr Kriminalität, Religionskonflikte, Terror, patriarchale Unterdrückung sowie Probleme an Schulen und auf dem Arbeitsmarkt. Deutlich zeigt sich, dass trotz Globalisierung und Transnationalismus die Rolle des Staates in den letzten Jahrzehnten bezüglich der Migranten verstärkt wurde.<sup>3</sup> Es werden statistische Datenerhebungen durchgeführt und staatliche Einwanderungstests prüfen Sicherheitsrisiken, Kenntnis nationaler

---

<sup>1</sup> Mikrozensus 2005 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen).

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure,property=file.pdf>

<sup>2</sup> Uneinigkeit scheint jedoch in einigen Parteien über die genaue Auslegung der Bezeichnung „Einwanderungsland“ zu bestehen. Die CSU konstatierte auf ihrem Parteitag am 29. und 30. Oktober 2010, dass Deutschland „kein klassisches Einwanderungsland“ sei. [http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/cdu-deutschland-laut-csu-kein-klassisches-einwanderungsland\\_aid\\_568172.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/cdu-deutschland-laut-csu-kein-klassisches-einwanderungsland_aid_568172.html) (zuletzt geprüft 22.08.2011).

<sup>3</sup> Yurdakul, Bodemann: Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten, S. 11.

Geschichte und nationale Werte, um das Verhalten der Einwanderer zu steuern.<sup>4</sup> Die Diskriminierung von Minderheiten innerhalb der Gesellschaft bleibt somit fortwährend zu beobachten.

In politischen und medialen bundesrepublikanischen Diskussionen um Einwanderung und Integration erfährt „der Islam“ seit einigen Jahren eine neue Ablehnung. Seit der sogenannten Leitkulturdebatte im Jahre 2000, verstärkt durch die Ereignisse des 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und dem Irak, werden Muslime und Musliminnen, beziehungsweise die Kultur des Islam als bedrohliche Gegenspieler des Westens, „als Versinnbildlichung des ‚kulturell Differenten‘ und vielfach auch eines Feindes wahrgenommen“<sup>5</sup>. Seit der Veröffentlichung des Buchs *Die Fremde Braut* der Islamkritikerin Necla Kelek wird über Zwangsehe und Geschlechterrollen im Islam diskutiert und Alice Schwarzer sieht die verschleierte Frau als stummes Opfer islamischer Fundamentalisten.<sup>6</sup>

Aus den Niederlanden, dem einstigen multikulturellen und liberalen Vorzeigestaat, aber auch aus Frankreich und anderen europäischen Länder sind zunehmend ähnliche Töne zu vernehmen. In politischen und medialen Auseinandersetzungen wird dort spätestens seit Beginn der 2000er Jahre das Scheitern des multikulturellen Zusammenlebens ausgerufen.<sup>7</sup>

Eine der letzten größeren Debatten zur Integrationsthematik löste Anfang 2009 die Studie *Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland* aus. Besonders Türken seien schlecht integriert und es bessere sich nur langsam etwas.<sup>8</sup>

Seit der Sarrazin-Debatte und der Rede des Bundespräsidenten Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen wird nun erneut über den Stand der Integration und über die Frage, ob „der Islam zu Deutschland gehört“, diskutiert. Anders als der Bundespräsident, der dieser Aussage zustimmte, zeigte sich deutlich, dass einige Politiker und weite Teile der Bevölkerung diese

---

<sup>4</sup> Vgl. Bühl: Islamfeindlichkeit in Deutschland, S. 255 ff.

<sup>5</sup> Dietze: Kritik des Okzidentalismus, S. 101.

<sup>6</sup> Vgl. Schneiders: Islamfeindlichkeit, S. 433.

<sup>7</sup> Vgl. Dietze: Kritik des Okzidentalismus, S. 102.

<sup>8</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: *Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland*, Berlin 2009. Die Studie wurde am 26.1.2009 mit einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Schon vorher war es auf Grund einer Vorveröffentlichung im Spiegel zu Reaktionen in Presse und Politik gekommen.

These ablehnen. Die Ansichten des Politikers Thilo Sarrazins zur Intelligenzforschung sowie zum angeblich genetisch bedingt rückständigen islamischen Kulturkreis, entwerfen ein Weltbild, das Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen bewertet. Seine öffentlichen Äußerungen stießen zwar einerseits auf schroffe Ablehnung, aber seine Thesen zu Ausländern und Ausländerinnen trafen auf breite Zustimmung.<sup>9</sup>

Ein Ausgangspunkt meiner Analyse ist daher die Feststellung, dass in den meinungsführenden Medien, also den sogenannten Massenmedien, Auseinandersetzungen über „Migration“ und „Integration“, über die Kategorien „das Eigene“ und „das Andere“ stattfinden.

### Einwanderung im Zeitverlauf

Trotz der recht massiven Einwanderung in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, kam es zu keinerlei Debatte und Analyse von Immigrationsbewegungen. Dies wird deutlich im Rahmen der ersten beiden Soziologentage in den Jahren 1910 und 1912. Vereinfacht dargestellt sah man sich mit zwei Theoriesträngen konfrontiert.

Die eine dieser theoretischen Traditionen war der „proletarische Sozialismus“. Die hier zentral formulierte Kernaussage eines Internationalismus beruhte auf Marx' und Engels' Herabwürdigung der „geschichtslosen Völker“ im Vergleich zu den „historischen“ und in Europa lebenden Völkern Frankreichs, Deutschlands und Englands.

Der zweite Traditionsstrang, den die bürgerliche deutsche Soziologie vertrat, war jener der Rassenhygiene. Durch zahlreiche Vertreter der Rassentheorie breitete sich dieser Ideenstrang in ganz Europas aus. Insbesondere durch die Rassentheoretiker Gobineau und Chamberlain gewann er in Deutschland große Popularität. Diese Ideen fanden in der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten schließlich ihre volle Entfaltung.<sup>10</sup>

In den 1950er Jahren entwickelte sich die Migrations- und Integrationspolitik vorrangig vor dem Hintergrund ökonomischer

---

<sup>9</sup> Bühl, Achim: Islamfeindlichkeit in Deutschland, S. 255 ff.

<sup>10</sup> Yurdakul, Bodemann: Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten, S. 47; Hund: Negative Vergesellschaftung, S. 49 ff.

Entwicklungen. Die Zuwanderung von Ausländern und Ausländerinnen in den 50er Jahren war von der Wirtschaft gewollt, stieß jedoch in weiten Teilen der Bevölkerung auf Ängste und Widerstände.<sup>11</sup>

In den 1960er und 70er Jahren wurde ein „Anwerbestopp“ gefordert und der Zuzug von Ausländern zu einem „Gastarbeiterproblem“ umgedeutet. Seit den frühen 1960er Jahren hatten sich Medien und Politik verstärkt mit der Situation der sogenannten Gastarbeiter und den Folgen der Zuwanderung befasst. Im Jahre 1966 kam es zu einigen Protesten und Streiks. Auslöser war eine provokative Schlagzeile der BILD gewesen: „Gastarbeiter fleißiger als Deutsche Arbeiter?“<sup>12</sup> Die Reaktion beschrieb die Befürchtung, dass „die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnähmen“, und eine Angst vor „Überfremdung“.<sup>13</sup> Hauptthemenfelder der Medienberichterstattung über Zuwanderer waren in den 1960er Jahren Arbeitsmarkt, Kriminalität und patriarchale Geschlechterbeziehungen. Bildung, Wohnen oder Kultur spielten hingegen kaum eine Rolle, es sei denn als Begründung des nun erstmalig formulierten „Gastarbeiterproblems“. Hierbei wurde die finanzielle Belastung durch die Einschulung der „Gastarbeiterkinder“, die Nachfrage nach Wohnraum und zukünftige Rentenzahlungen beklagt. Die deutsche Politik war noch immer von der Vorstellung gelenkt, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Nach dieser Auffassung wurden auch die integrationspolitischen Rahmenbedingungen gestaltet.<sup>14</sup>

Mit Beginn der 1970er Jahre wurden die Folgen der Einwanderung zunehmend auf breiter politischer Ebene diskutiert. Die Unverzichtbarkeit der Gastarbeiter wurde nun nicht mehr betont, sondern die Grenze der Aufnahmefähigkeit hervorgehoben. Mit den sich zuspitzenden arbeitsmarktpolitischen Problemen nahm die Befürchtung hinsichtlich sozialer Konflikte zu und die Sorge um die „nationale Identität“ der deutschen Bevölkerung wurde laut geäußert.<sup>15</sup>

1973 erfolgte schließlich der Anwerbestopp und mit Beginn der 1980er Jahre setzte die bundesrepublikanische Ausländerpolitik auf

---

<sup>11</sup> Butterwege: Massenmedien, Migration und Integration, S. 55f.

<sup>12</sup> Schlagzeile aus der Bild zitiert nach Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 223.

<sup>13</sup> Schönwälder: Einwanderung und Pluralität, S. 200.

<sup>14</sup> Ebd., S. 186 ff., 194 ff., S. 196; Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 224 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Schönwälder: Einwanderung und Pluralität, S. 605, 606.

Rückkehrförderung anstelle von Integration.<sup>16</sup> Das Ziel der Senkung der Ausländerzahl wurde jedoch nicht erreicht. Es kam in den folgenden drei Jahrzehnten vielmehr zu erheblicher Zuwanderung, vor allem durch verstärkten Familiennachzug.<sup>17</sup>

Bis Ende der 1980er Jahre war es nicht gelungen die Gesellschaftspolitik sowie den Bildungs- und Ausbildungsbereich an die gewachsene Vielfalt der Bevölkerung anzupassen. Themen in der Presse waren „die Verfremdung“ deutscher Kinder an den Schulen und die gleichbleibend schlechten Chancen ausländischer Schüler und Schülerinnen auf einen Ausbildungsplatz.<sup>18</sup>

Als Reaktion auf Ängste vor „Überfremdung“ betonte der damalige Bundeskanzler Kohl dennoch, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei.<sup>19</sup> Entsprechend war auch das Ausländerrecht restriktiv und nicht auf nachhaltige Integration angelegt.

Seit der Jahrtausendwende lässt sich eine Neuausrichtung der Debatte sowie der Integrationspolitik feststellen. Das Ziel der Zuwanderungsbegrenzung bleibt festgeschrieben und am Anwerbestopp wird festgehalten.<sup>20</sup> Jedoch wurde die Integrationsförderung erstmals als staatliche Aufgabe gesetzlich definiert und Integration zunehmend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.<sup>21</sup>

Infolge der kontroversen Debatten um die Konzeption des Zuwanderungsgesetzes zu Beginn der 2000er Jahre setzte sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass Deutschland durch jahrzehntelange fortdauernde Migrationsprozesse faktisch zu einem Einwanderungsland geworden ist und auch zukünftig Zielland von Migrationsbewegungen sein wird. Die lange Weigerung, diesen Sachverhalt anzuerkennen, war und ist heute noch maßgeblich prägend für den Status von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

---

<sup>16</sup> Luft: Staat und Migration, S. 81 ff.; Renner: Ausländerrecht in Deutschland, S. 32; Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik, S. 253 ff.

<sup>17</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzahlen; <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Auslaenderzahlen/auslaenderzahlen-node.html>

<sup>18</sup> Der Spiegel 9/1989, S. 70 ff.

<sup>19</sup> Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 249 ff.

<sup>20</sup> CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Antrag vom 2.5.2003 zur 12. Sitzung des Innenausschusses am 7.5.2004.

<sup>21</sup> Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung, S. 157f.

## Integration als Assimilation?

Was wird eigentlich unter dem Begriff Integration verstanden? Gilt Integration als Assimilation? Als An- und Einpassung der Einwanderer an und in die deutsche Gesellschaft? Wird hierunter eine Bringschuld und Verpflichtung, die geleistet werden soll, oder die Fähigkeit individueller, gesellschaftlicher Teilhabe und Zugehörigkeit verstanden?

Anhand der Auswertung öffentlicher Berichterstattung und Aussagen der Politik konnte gezeigt werden, dass Integration überwiegend als Assimilation, als An- und Einpassung der Einwanderer und Einwanderinnen an und in die deutsche Gesellschaft verstanden wird. Unter Assimilation versteht man, dass ausländische Mitbürger die Lebensweise und den Lebensstil der Aufnahmegesellschaft übernehmen. Dabei wird der Handlungsspielraum für eine selbstbestimmte Lebensweise eingeschränkt.<sup>22</sup>

## Exklusionsprozesse: Das eigene und das andere

Um das gegenwärtige vorherrschende Verständnis hinsichtlich des Begriffs „Integration“ zu verstehen, sollten wir uns der Hilfskonstruktionen des „eigenen“ und des „anderen“ bedienen. Diese Begriffe helfen den interaktiven Prozess der Reproduktion von Diskriminierung zu verdeutlichen. Das „eigene“ kann hier als Formulierung einer deutschen, westlichen, christlichen, abendländischen Identität als Basis verstanden werden. Die Benennung einer Personengruppe als „andere“ dient hierbei der Konstruktion eines dominanten Selbst, einer nationalen Identität.<sup>23</sup>

Die eigene Identität wird zur Grundlage für die Bestimmung der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Dies ermöglicht es dem deutschen Staat, auf der Ebene der Migrationspolitik eine Öffnung gegenüber potenziell erwünschten Migranten und eine gleichzeitige Abgrenzung gegenüber potenziell unerwünschten Migranten zu steu-

---

<sup>22</sup> Yurdakul, Bodemann: Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten, S. 30.

<sup>23</sup> Weiß: Rassismus wider Willen, S. 64–69; Hund: Negative Vergesellschaftung, S. 103–110; Said: Orientalism, S. 1 ff.

ern. Parallel zu diesem Prozess werden die Integrationsanforderungen für bereits in Deutschland lebende Migranten formuliert.

Die stereotype Konstruktion und der Ausschluss des anderen dient der Sicherung und Bestätigung der kollektiven Identität. Die Zuweisung negativer Merkmale und Eigenschaften gegenüber dem anderen ermöglicht es sich selbst positiv hervorzuheben und das eigene Denken und Handeln zu rechtfertigen. Dieser Prozess der gleichzeitigen In- und Exklusion führt dazu, den eigenen Standpunkt als normal anzusehen und im Umkehrschluss alles Abweichende abzulehnen. Dies führt zur Festschreibung beider Gruppen. Sie erscheinen nun nicht mehr als konstruierte, sondern als ursprünglich gegebene. Die Konstruktion dieser Einheiten wird unsichtbar und die Trennung der Gruppen erscheint als nicht änderbare Realität<sup>24</sup>.

### Kategorisierung von Immigranten

Soziologen, die über Staatsbürgerschaft und Immigration forschen, arbeiten mit verschiedenen Möglichkeiten zur Messung von Daten zur gesellschaftlichen Mitgliedschaft und Teilnahme von Immigranten. Die generierten Ergebnisse lassen sich schnell in Belege für eine „erfolgreiche“ oder „gescheiterte“ Integration umdeuten. Die bestehende Vielfalt impliziter oder expliziter Auffassungen von einer guten Staatsbürgerschaft zeigt, dass diese einem gesellschaftlichen Ordnungs- und Machtsystem unterliegen, das sich nach stetig wandelnden gesellschaftspolitischen Anforderungen ausrichtet.<sup>25</sup>

Am Beispiel von koreanischen und türkischen Immigranten in Deutschland und der Integration von Koreanern im Vergleich zu mexikanischen und afrikanischen Einwanderern in den USA, lässt sich dieser Prozess exemplarisch herausarbeiten.

---

<sup>24</sup> Hirsland, Schneider: Wahrheit, Ideologie und Diskurse, S. 390ff.

<sup>25</sup> Yurdakul, Bodemann: Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten, S. 13–15.

## Integrationswillige versus Integrationsverweigerer

Zunächst lässt sich die berechtigte Frage stellen, ob türkische und koreanische Migrantengruppen überhaupt vergleichbar sind. Die Mehrheit der koreanischen Immigranten stammt aus einer Familie der wirtschaftlichen Mittelschicht. Die Anwerbung von Koreanern mit abgeschlossener Ausbildung erfolgte von 1959 bis 1977. Doch mit der einsetzenden Wirtschaftskrise gewannen Berufe, die zuvor von Koreanern ausgeübt wurden, für Deutsche wieder an Attraktivität. Gleichzeitig kam es zur rechtlichen Bevorzugung von Deutschen und EG-Ausländern auf dem Arbeitsmarkt.<sup>26</sup>

Die Eingewanderten aus Korea scheinen sich der deutschen Gesellschaft angepasst zu haben. Sie bilden nur eine kleine Gemeinde und wohnen und leben unauffällig. Ob man dies so bewerten kann, dass die Koreaner in der deutschen Gesellschaft gut integriert leben, ist noch genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die zweite und dritte Generation ist in Deutschland aufgewachsen und hat bereits in der Schule die deutsche Kultur und Lebensweise erlernt und sich diese nicht nachträglich angeeignet. Sprache und Bildung als Grundlage für eine Integration sind vorhanden und das Heimatland der Eltern ist ihnen fremd. Sie fühlen sich als Teil der deutschen Gesellschaft. Aber für die Deutschen bleiben sie oftmals Fremde.<sup>27</sup> Es scheint, dass die koreanische Integration in Deutschland äußerlich „erfolgreich“ ist, weil Probleme der Integration und der Identität der koreanischen Minderheit in Deutschland weitgehend unbeachtet bleiben. Doch vor allem die erste Generation, die in Ballungsgebieten wie Berlin, Frankfurt, Düsseldorf wohnt, lebt meist in einer Parallelwelt.<sup>28</sup> Trotz ihrer Sprachkompetenz und Bildung erfahren sie zum Teil auch Diskriminierung.

Am Beispiel der Koreaner wird deutlich, dass Gruppen auch dann ausgegrenzt werden, wenn sie sich scheinbar reibungslos integriert haben.

---

<sup>26</sup> Yoo: Koreanische Immigranten in Deutschland, S. 20 ff.

<sup>27</sup> Yi: Probleme der Integration und Identität der koreanischen Minderheit in Deutschland, S. 76.; Stodolska: Adaptation Problems Among Adolescent Immigrants from Korea, Mexico and Poland.

<sup>28</sup> Yoo: Koreanische Immigranten in Deutschland, S. 60–65.



## Rechtfertigung und Folgen

Wird Integrationsunwilligkeit als spezifisches Merkmal einer Gruppe zugeschrieben, dient dies als Entschuldigung für versäumte Integrationsförderung von Seiten der Politik. Eine Folge dieses Prozesses ist die selektive Abgrenzung zwischen Gruppen von Immigranten. Personengruppen, denen in der Gesellschaft eine höhere Position zugeschrieben wird, versuchen sich von Randgruppen von Immigranten abzusetzen, um ihre gehobene Position unter den Immigranten hervorzuheben. So erhoffen sie sich bestehender Diskriminierung zu entgehen.<sup>29</sup> Dieses Verhalten vertärkt aber die Stigmatisierung einer Migrantengruppe und führt dazu, dass es zu keiner Sensibilisierung für die Integrationsproblematik der Gesamtheit der Immigranten kommt.<sup>30</sup>

## Gesellschaftliche Verantwortung

Die Aufdeckung von fortlaufender Diskriminierung und Scheindebatten ist die Voraussetzung für eine neu einzuleitende Integrationsdebatte. Mediale Konstruktionen weisen in der gegenwärtigen Gesellschaft hohe Wirkkräfte auf, da sie gesellschaftliche Ausgrenzung bzw. Einschluss bestimmen. Sie entstehen im Netz einer sozialen und somit nicht herrschaftsfreien Ordnung. Die kritische Analyse ihrer inhaltlichen Ausgestaltung und die Kontexte ihrer Entstehung stellen einen wichtigen Beitrag zur Offenlegung der Grundlagen gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse und damit zur Stärkung widerständiger Gegenstimmen dar.

---

<sup>29</sup> Weiß: Rassismus wider Willen, S. 56–60.

<sup>30</sup> Butterwegge: Massenmedien, Migration und Integration, S. 205–210; Hess et al.: No integration?!, S. 3f.

## Quellen

- Bühl, Achim (2010): Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotypen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph (Hg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. 2., korrigierte und aktualisierte Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dietze, Gabriele (2009): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld: Transcript.
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München: Beck
- Hess, Sabine; Binder, Jana; Moser, Johannes (2009): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: Transcript.
- Hirsland, Andrea; Schneider, Werner (2001): Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik, in: Reiner Keller; Andreas Hirsland; Werner Schneider; Willy Viehöver (Hsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse.
- Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Luft, Stefan (2007): Staat und Migration. Anmerkungen zur Steuerungskrise, in: Sozialwissenschaftliches Journal Nr. 5, Jg. II, H. 3, S. 9–24.
- Renner, Günter (1998): Ausländerrecht in Deutschland, München: Beck.
- Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Said, Edward W. (1995): Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London/New York u.a.: Penguin Books.
- Schneiders, Thorsten Gerald (2009): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schönwälder, Karen (2001): *Einwanderung und Pluralität – Politische Entscheidungen und Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*. Berlin: Klartext.
- Stodolska, Monika (2008): *Adaptation Problems Among Adolescent Immigrants from Korea, Mexico and Poland*. In: *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 6 (2), S. 197–229.
- Weiß, Anja (2001): *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Yi Seon-Heui (2009): *Probleme der Integration und Identität der koreanischen Minderheit in Deutschland*. Dissertation. TU Berlin.
- Yoo, Jung-Sook (1996): *Koreanische Immigranten in Deutschland. Interessenvertretung und Selbstorganisation*. Hamburg: Dr. Kovac.
- Yurdakul, Gökçe; Bodemann, Y. Michal (Hg.) (2010): *Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.